

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesner.
Jahrgang Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptamts Meissen.

Postfachkonto: Dresden 1539
Stroßstraße Riesner Nr. 52.

Nr. 42.

Freitag, 19. Februar 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Vorkasse. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklametzelle 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Beste Tarife. Demütigter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verläßt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Wichtigste Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Riesneranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesner; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Riesner.

Sächsischer Landtag.

11. Dresden, 18. Februar 1926.

In seiner heutigen Sitzung beschäftigte sich der Landtag in der Hauptsache mit einzelnen Kapiteln und Titeln des Haushaltsplans.

Ein Antrag der Kommunisten betr. den Mieterschutz wird, nachdem Abg. Renner (Komm.) nochmals dafür eingetreten ist, entsprechend dem Beschlusse des Rechtsausschusses abgelehnt.

Weiter geht zur Beratung der kommunistische Antrag, die künstlerischen geselligen Veranstaltungen der Arbeitervereine nach § 7 der Bestimmungen über die Versammlungsstätten vom 7. Juli 1923 vorzugsweise zu behandeln. — Der Antrag selbst, wie ein sozialdemokratischer Eventualantrag werden mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Zu Kap. 35, Titel 11, Beschaffungen von Kraftfahrzeugen für die Landespolizei erklärt Abg. Renner (Komm.) seine Partei werde den Vorschlag ablehnen, da die geforderten Gelder nur zur Unterstützung der Arbeiterkraft dienen sollten. Das Haus bewilligt die geforderten 500.000 Mark und erklärt sich damit einverstanden, daß diese Mittel bereits vor Verabschiedung des Haushaltsplans verausgabt werden.

Kap. 38, Tit. 18, betrifft die Unterhaltung der Straßen und Brücken nach Abzug des Wertes der aus den staatlichen Eisenbahnen im Eigenbetriebe für Zwecke der Straßen- und Wasserbauverwaltung entnommenen Stoffe und von Beiträgen, Tit. 20 die Verbesserung und den Neubau von Straßen, Wegen und Brücken, und Tit. 21 Wegebau- und Wegeunterhaltungsunterstützungen. Die Einkünfte werden nach der Vorlage genehmigt und der Bewährung eines jährlichen Zuschusses von 1 Million Mark an den Wegebau zugestimmt.

Die Ausdrücke werden entsprechend den Einstellungen in den Haushaltsplan erledigt: Kap. 16 (Hilfsarbeiter), Tit. 3 des außerordentlichen Etats (Darlehen an Schulbesitzer zum Bau- und Umbau von Schulhäusern), Kap. 64, Tit. 31 (Umbau des Hofsaals in der Heilanstalt für Augenranke, Stiftung bei der Universität), Kap. 72 (Lehrerunterstützung), Kap. 14 (Landtag) und Kap. 20 (Verwaltungsgericht).

Nächste Sitzung: Dienstag, 23. Februar, nachm. 1 Uhr. Dienstag, 2. März, bleibt wegen der an diesem Tage erfolgenden Eröffnung der Leipziger Messe stellungsfrei.

Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützung.

Berlin. Im Reichstag fanden gestern nachmittags Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler, dem Reichsfinanzminister, dem Wirtschaftsminister, Arbeitsminister und den Vertretern der Regierungsparteien über die Erwerbslosenunterstützungen statt.

Wie das Nachrichtenbüro des B. D. Z. aus parlamentarischen Kreisen hört, ist folgendes Kompromiß zustande gekommen: Die Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge werden in den drei Klassen A, B, C mit sofortiger Wirkung erhöht: 1. für Alleinlebende unter 21 Jahren um 20 Prozent, 2. für Alleinlebende über 21 Jahre um 10 Prozent, 3. für alle übrigen Hauptunterstützungsempfänger ebenfalls um 10 Prozent, jedoch nur wenn sie bereits acht Wochen nacheinander unterfüttert worden sind. Die Höchstätze sind nicht geändert worden. In der Berücksichtigung der Alterszahl tritt keine Veränderung ein. In der Kurzarbeiterfrage ist der Beschluß des sozialpolitischen Ausschusses, wie das Nachrichtenbüro weiter hört, von der Regierung abgelehnt worden. Danach tritt keine Differenzierung nach Verheiraten und Verheirateten ein.

Der Unterstützungssatz für den Kurzarbeiter beträgt für den dritten, vierten und fünften ausfallenden Arbeitstag den Tageslohn, den der Kurzarbeiter als Vollerwerbsloser erhalten würde.

Das Kompromiß in der Erwerbslosenfrage gesichert.

Berlin. (Funkpruch.) Wie die B. Z. wissen will, scheint die Zustimmung der Sozialdemokraten zu dem Kompromiß der Regierungsparteien in der Frage der Erwerbslosenfürsorge gesichert zu sein. Die Partei verlangt jedoch für ihre Zustimmung gewisse Garantien, die verhindern sollen, daß die Zulagen an die Arbeitslosen auf dem Verwaltungswege umgangen werden können.

Mussolini schwer erkrankt.

2 schwere Anfälle des Diktators. Andauernde Blutergergießung. Berlin. Die Nachausgabe meldet aus London: In zuverlässigen italienischen Kreisen Londons verläutet, daß Mussolinis Gesundheitszustand wieder große Sorge erregt. Obwohl in letzter Zeit von Rom aus ständig demontiert wurde, daß Mussolini sich werde einer schweren Operation unterziehen müssen, weiß man jetzt, daß ein berühmter auswärtiger Chirurg über seine Bereitwilligkeit, eine solche Operation zu vollziehen, befragt wurde. Dieser Chirurg lehnte es jedoch ab, nach Rom zu gehen, während Mussolini Italien nicht verlassen will. Die Krankheit besteht in letzteren aber andauernden Blutergergießungen. Zwei schwere Anfälle sind schon vorher und es heißt, daß der dritte tödlich sein könnte.

Die Wirtschaftspläne der Reichsregierung.

Notgemeinschaft zwischen Kabinett und Reichstag.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold

erklärte gestern im Haushaltsausschuß des Reichstages, daß die Regierung sich zu Steuerentlastungen nicht entschlossen habe, weil etwa eine besondere günstige Lage vorhanden ist, sondern weil die Regierung überzeugt ist, daß Deutschland wirtschaftlich so in Not ist, daß zu dem Programm der Reichsregierung auch Steuerentlastungen gehören. Durch Steuerentlastungen allein kann jedoch die Not nicht behoben werden. Wir müssen alle Kräfte darauf richten, die Krise zu überwinden.

Außer den Steuerentlastungen hat sich das Kabinett auch eingehend mit Fragen beschäftigt, die es möglich machen werden, die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Schon in den nächsten Tagen wird die Frage zum Abschluß kommen, der Reichsbahngesellschaft eine gewisse Summe zur Verfügung zu stellen, damit die Reichsbahn dringende notwendige Investitionen vornehmen kann. Es sei ein unmöglicher Zustand, daß tausende von deutschen Arbeitern unbeschäftigt sind, während die Eisenbahn außerordentliche Reueinsparungen nötig hat und diese nur aus Gründen der Finanzierung scheitern.

Die Regierung muß sich mit dem Reichstag zu einer Notgemeinschaft zusammenziehen, um die Krise zu überwinden. Der Ertrag der Steuern wird vermutlich über die Schätzungen hinausgehen. Es ist dabei aber zu bedenken, daß durch die Unterhaltung der Erwerbslosen, die 40–50 Millionen Mark im Monat beträgt, große Anforderungen an die Regierung gestellt werden.

Der Minister erklärte weiter: Wir werden noch den Nachtragset vorlegen müssen, der insbesondere die Anforderung enthält für das Investitionsprogramm der Reichsbahn. Den Rinderertrag aus den für 1925 vorgeschlagenen Steuerentlastungen habe ich auf etwa 550 Millionen geschätzt. Staatsmäßig soll die Rinderertragsnahme in folgender Weise gedeckt werden: Derangezogen werden der Bilanzgewinn von 1925 mit 133 Millionen, 47 Millionen Rinderertrag und Mehreinnahmen im Etat der Reichsbahn, 173 Millionen aus verfügbaren Kassenschatzungen unter Mitverwendung des eventuellen Uberschusses von 1925, der Rest von 197 Millionen aus Anleihen, 127 Millionen des Extraordinariums und 70 Millionen der E-Schatzfläche. Das würde dann in einem Nachtragset dem Reichstag vorgeschlagen werden.

Ehe wir uns zu den Steuerentlastungen entschließen, haben wir auch eine genaue Uebersicht über das Staatsjahr 1927 aufgestellt. Wenn wir die Umsatzsteuer nicht — wie es unser Wunsch war — auf 0,5 Prozent, sondern auf 0,6 Prozent senkten, so war die Rückzahl auf 1927 maßgebend, weil in diesem Jahre sonst der Einnahmehausfall von 1925 Millionen nicht zu decken gewesen wäre. Für 1927 rechnen wir mit einer Gesamtansgabe von 4906 Millionen gegen 4782 Millionen im Jahre 1926. Diese Erhöhung ist dadurch notwendig, daß wir für die Reparationsleistungen 1927 905 Millionen einsehen müssen.

Den Ausgaben des ordentlichen Etats für 1927 von 4906 Millionen werden Einnahmen von 4826 Millionen gegenüberstehen, jedoch sich ein Defizit von 170 Millionen ergibt. Zu seiner Deckung stehen zunächst alle die Ersparnisse zur Verfügung, die wir am Etat von 1927 vornehmen wollen. Die Ersparnisse für 1927 werden eingeschätzt auf etwa 50 Millionen. Dazu kommen noch 145 Millionen aus den Ausgaben des außerordentlichen Etats, die in Zukunft wieder durch Anleihen zu decken sind. Das Reich denkt zunächst nicht daran, an den Anleihemarkt zu gehen; aber, wenn wir an ihn appellieren wollen, so glauben die Bankverhandlungen, daß ein solcher Appell mindestens jetzt erfolgreich sein würde.

Wir wollen lediglich die wirklich werdenden Ausgaben, die in Zukunft wieder späteren Generationen zugute kommen, auf dem Wege der Anleihe decken. Wenn wir die Steuerentlastungen durchführen, wird unser Etat außerordentlich angespannt sein und wir werden Mühe haben, mit den vorhandenen Mitteln durchzukommen. Dabei ist selbstverständlich nicht daran gedacht, daß die Reichsregierung irgendwo soziale Aufgaben, die erfüllt werden müssen, droheln will.

Zum Beweise führe ich an, daß die Reichsregierung in einer ihrer ersten Sitzungen beschlossen hat, in der Kurzarbeiterfrage die Wünsche der Reichstagsmehrheit weitgehend zu erfüllen und auch in der Erwerbslosenfrage das zu tun, was die Postlage der Erwerbslosen erfordert, soweit es finanziell und wirtschaftlich verantwortet werden kann. Wir müssen deshalb darin einig sein, alle Ausgaben, die wir in dieser Zeit der Not nicht tragen können, abzuwehren.

Teilnahme des Handwerks an der Weltwirtschaftskonferenz.

14. Der Völkerbund beabsichtigt, eine Weltwirtschaftskonferenz einzuberufen. Die deutsche Reichsregierung hat sich bereits zur Teilnahme entschlossen. Das Reichswirtschaftsministerium hat die notwendigen Vorbereitungen in Angriff genommen und die Dinaushebung von Vertretern des Reichsverbandes der deutschen Industrie, des Zentralverbandes des deutschen Großhandels, des Reichsverbandes

und gemeinsam einen Weg finden, daß Ausgabemehrbewilligungen nicht beschlossen werden können, ohne daß entsprechende Wege zu ihrer Deckung gefunden werden. Die Senkung der Umsatzsteuer ist, soweit Reichshöheren in Frage kommen, diejenige, von der wir uns einen wirtschaftlichen Erfolg versprechen können, da sie auf der einen Seite unsere Konkurrenzfähigkeit, auf der anderen die Konsumfähigkeit der breiten Masse steigert. Alle anderen Senkungen würden diesem Ziele nicht dienen. Wir müssen eine Notgemeinschaft zwischen Reichsregierung und Reichstag bilden, und diese Notgemeinschaft muß in irgend einer Form auch eine Bindung erfahren. Kommen wir dazu, dann glaube ich, daß die Wiederankurbelung der Wirtschaft uns hilft, die Krise rascher zu überwinden und uns auch in den Stand setzen wird, in Zukunft über die Einnahmen zu verfügen, die uns die Erfüllung unserer haushälterischen Aufgaben baldigst bei äußerster Sparsamkeit ermöglicht.

Nach der Rede des Reichsfinanzministers beantragte Abg. Schulz Bromberg (Zu.), die Aussprache darüber zu vertagen, bis den Abgeordneten der Vorlauf der Rede zugegangen sei.

Darauf nahm

Reichskanzler Dr. Luther

das Wort. Er betonte, daß alle Kräfte von Reichstag und Reichsregierung zusammengefaßt werden müßten, um die fürchtbare Notlage zu überwinden, in der sich gegenwärtig das deutsche Volk befindet. Um dieser Zusammenfassung willen habe die Reichsregierung den dringenden Wunsch, sofort ihr Finanzprogramm im Haushaltsausschuß eingehend erörtern zu lassen. Alle Entschlüsse müßten jetzt dem Ziel untergeordnet sein, die deutsche Wirtschaft wieder in Gang zu bringen; denn nur so sei es möglich, der großen Masse der Kostendenen, insbesondere der Erwerbslosen und Kurzarbeitern, wirklich und dauernd zu helfen. Es genüge sei es in der Öffentlichkeit und im Parlament betont worden, daß ein erhebliches Hindernis für die Erholung der deutschen Wirtschaft in den über das erträgliche Maß hinausgehenden Steuern zu sehen sei. Sei das richtig, so müsse man auch die Folgerungen hieraus ziehen. Der Steuerentlastungsvorschlag der Regierung, der ein Ergebnis des Willens zur Überwindung der Not sei und für die Betrachtungsweise normaler Zeiten sicher zu weit gehe, sei nur möglich auf der Grundlage der grundsätzlich optimistischen Auffassung, daß überhaupt und gerade auch durch die Erleichterung der Steuerlasten die Wirtschaftslage in Zukunft sich erheblich bessere. Da es sich um ein Gesamtprogramm handele, so müsse die Reichsregierung großes Gewicht darauf legen, daß der Ausblick auf seinen Beschluß über die Erwerbslosenfrage in Würdigung des Gesamtprogramms solle und erbitte deshalb sofortige Erörterung dieses Programms.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

schloß sich den Erklärungen des Reichsfinanzministers und des Reichskanzlers an. Er betonte, auch in seinem Ressort sei es unmöglich, die Leistungen auf irgend einem Gebiet zu erhöhen, wenn nicht das ganze Wirtschaftsprogramm der Regierung gefährdet werden solle.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

verdrückte sich über die Maßnahmen, mit denen die Regierung abgesehen von den Steuerentlastungen zu einer Wiederbelebung der Wirtschaft und zu einer Besserung des Arbeitsmarktes beitragen will. U. a. sollen der Reichsbahn 100 Millionen Kredit zur Inangriffnahme notwendiger Erneuerungsarbeiten gegeben werden. Außerdem sollen 300 Millionen der Industrie als Betriebskredit für die Herstellung von Exportwaren für Ausland gegeben werden. Weiter werde der Abschluß der Handelsverträge beschleunigt betrieben werden. Der Minister kündigte ferner Maßnahmen gegen Kartelle an, u. a. auch die Einrichtung eines Kartellamtes und die Auflegung eines Kartellregisters.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und der Hanerischen Volkspartei wurde dann im Gegenstoß zu dem Wunsch der Regierung mit 15 gegen 13 Stimmen beschlossen, die Aussprache über die Regierungserklärungen zu vertagen bis die Neben im Vorlauf vorliegen, was voraussichtlich am Freitag der Fall sein wird.

Der Ausblick legte dann die Aussprache über die Erwerbslosenfürsorge fort. Die Abstimmung über die vorliegenden Anträge wurde auf Freitag vertagt.

der deutschen Ein- und Ausfuhr sowie der Arbeiterschaft bereits veranlaßt.

Eine Anfrage des Abgeordneten Bartschat und Genossen fragt im Reichstag an, ob die Reichsregierung bereit sei, angesichts der Bedeutung des deutschen Handwerks, auch einen Vertreter des Reichsverbandes des deutschen Handwerks zu dieser wirtschaftlichen Konferenz hinzuzuziehen. Der Reichsverband des deutschen Handwerks hält, wie wir erfahren, die Teilnahme des Handwerks an der Konferenz für durchaus berechtigt und erwartet seitens der Reichsregierung ansonsten Bescheid.